

# EVG Berlin fordert neue Sicherheitskonzepte mit mehr Personal

In der Hauptstadt mehr Sicherheit sichtbar machen, das fordert die Berliner Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Der Nah- und Regional-Verkehr soll stärker als bisher bei der Sicherheit Präsenz zeigen. Nach den Gewalttaten von Würzburg, München und Ansbach müsse das Sicherheitsbedürfnis auf Bahnhöfen, in Zügen, S- und U-Bahnen, Stadtbussen, Straßenbahnen und Fähren in Berlin neu bewertet werden. „Fahrgäste und Beschäftigte sind nach den schrecklichen Ereignissen in Bayern mit einem anderen Gefühl in der Hauptstadt unterwegs. Darauf müssen die Betreiber der öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin reagieren“, sagt Berlins EVG-Vorsitzender Klaus Just.



In der Hauptstadt mehr Sicherheit sichtbar machen, das fordert die Berliner Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG). Der Nah- und Regional-Verkehr soll stärker als bisher bei der Sicherheit Präsenz zeigen. Nach den Gewalttaten

von Würzburg, München und Ansbach müsse das Sicherheitsbedürfnis auf Bahnhöfen, in Zügen, S- und U-Bahnen, Stadtbussen, Straßenbahnen und Fähren in Berlin neu bewertet werden. „Fahrgäste und Beschäftigte sind nach den schrecklichen Ereignissen in Bayern mit einem anderen Gefühl in der Hauptstadt unterwegs. Darauf müssen die Betreiber der öffentlichen Verkehrsmittel in Berlin reagieren“, sagt Berlins EVG-Vorsitzender Klaus Just.

„Die längst überfällige Aufstockung des Sicherheitspersonals muss jetzt passieren. Es wäre fatal, damit noch länger zu warten“, so Just. Mehr Sicherheit werde dringend gebraucht: gegen Kriminalität, zur Unfallverhütung oder für die schnelle Hilfe bei Unglücken. „Aber eben auch mental, wenn Berliner und Touristen die Bahnhöfe betreten, wenn sie Busse und Bahnen nutzen“, sagt Berlins EVG-Chef.

Just sieht insbesondere den Berliner Senat und den Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) in der Pflicht. Als Besteller von Verkehrsleistungen müssten sie die bestehenden Sicherheitsanforderungen korrigieren und bei Ausschreibungen künftig neu definieren. Auch bei den Kosten will Just sie in die Pflicht nehmen: „Sicherheit kostet Geld. Aber diese Ausgaben dürfen nicht auf die Betreiber abgewälzt werden - mit dem Effekt, dass dann an anderer Stelle beim Personal eingespart wird.“

Es sei völlig klar, dass die Berliner S-Bahn GmbH auf einem Streckennetz von gut 330 Kilometern, bei 15 Linien und 166 Bahnhöfen in Berlin und Brandenburg keine 100-prozentige Sicherheit schaffen könne. Ebenso wenig werde dies von den Berliner Verkehrsbetrieben (BVG) mit ihren zehn U-Bahn-Linien und 166 U-Bahnhöfen erwartet. Auch nicht auf dem größten Stadtbusnetz Deutschlands, das die BVG mit rund 1.550 Bussen und einer täglichen Kilometerleistung von rund 300.000 Kilometern im Linienverkehr betreibe.

„Deshalb aber keine entschlossene und sichtbare Kraftanstrengung in Sachen Aufbau von mehr Sicherheit zu machen, ist fahrlässig“, sagt Just. Der Vorsitzende der Berliner Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft fordert die Besteller und Betreiber des öffentlichen Regional- und Nahverkehrs in Berlin auf, ihre Sicherheitskonzepte „in enger Kooperation mit den staatlichen Sicherheitsorganen in Berlin neu auf die Beine zu stellen“.